

AUFTRAG

ISSN 1866-0843

VERBANDSZEITSCHRIFT

Gemeinschaft Katholischer Soldaten

01.2023 | Heft 314

„Zukunft
hat der Mensch
des Friedens“

(Psalm 37)

Frieden

Nationaler Sicherheitsrat

Mit den Menschen! Für die Menschen

Zeitenwende

Ein soldatischer Blick in die Zukunft

GKS

Notwendigkeit nuklearer Abschreckung
nach der „Zeitenwende“

Apokalypse Klimaflucht?

Der Zusammenhang zwischen Klima-
wandel und Migration

INTERVIEW

Bischof Kohlgraf
über den Krieg in
der Ukraine

WENN JEDEN TAG SONNTAG IST

GKS-SEMINARE ZUR DRITTEN LEBENSPHASE 2024 – JETZT ANMELDEN!

Für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten beginnt eine neue Zeit. Diese Veränderung ist sowohl für die Partnerinnen und Partner als auch für die ganze Familie eine große Herausforderung. Die freiwerdenden Zeitressourcen bieten viele Möglichkeiten, bergen aber auch Risiken. Im Rahmen dieses Seminars wird viel Zeit und Raum sein, um sich einzeln und gemeinsam mit diesen Herausforderungen zu beschäftigen. Es werden Informationen zu den Themen Älterwerden aus medizinischer, psychologischer und rechtlicher Sicht gegeben. Natürlich werden auch das Sozialrecht und das Versorgungsrecht betrachtet.

Herzlich willkommen sind auch die Partnerinnen und Partner der ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten.

Weitere Informationen zu Terminen:



Zukunft hat der Mensch des Friedens

Foto: GKS



Juliana Haberlag

Stellvertretende Bundesvorsitzende der GKS

Liebe Leserinnen und Leser unseres „Auftrags“, diese Aussage wurde vom Zentralkomitee Deutscher Katholiken (ZdK) im Oktober 2022 zum Leitthema des 103. Katholikentages 2024 in Erfurt gewählt.

Der Spruch ist ein passender Ausdruck für die unruhigen Zeiten, in denen wir derzeit leben.

Schauen wir auf den Angriffskrieg Russlands, den Ausnahmezustand im Sudan, den Bürgerkrieg in Syrien und in vielen anderen Ländern der Welt, so sehnen sich viele Menschen nach Frieden.

Und schaut nicht jeder etwas verunsichert in die Zukunft, wenn die Nachrichten voll von Energie- und Klimakrise sind?

Wo bleibt das Menschliche in unserer Gesellschaft, wenn die Kommunikation immer rauer und die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen unaufhörlich steigt?

In Psalm 37 heißt es: „Achte auf den, der aufrichtig und ehrlich ist.“ Können wir die Menschen des Friedens in unserer lauten Welt überhaupt hören? Oder werden sie von Macht, Gewalt und Hass übertönt? Schaffen wir es selbst, Frieden in unserem eigenen Umfeld zu erhalten?

Wir, als Gemeinschaft Katholischer Soldaten, haben uns entschieden, uns im Vorfeld des Katholikentages mit diesem Vers auseinanderzusetzen. Daher werden die drei Hefte dieses Jahres unter den Themen FRIEDEN, ZUKUNFT und MENSCH stehen.

Den Aufschlag macht das Thema „FRIEDEN“. Es ist für viele immer etwas schwierig, wenn

Soldaten von Frieden sprechen wollen. Die Behauptung, dass Soldaten keine Christen sein können, ist wahrscheinlich so alt wie die Armee selbst. Und dennoch gehören wir zu den Menschen, die sich für Frieden einsetzen. Unser Leben ist unmittelbar davon abhängig. Was wäre ich für eine Christin, wenn der Schwache und Wehrlose von einem übermächtigen Gegner überrollt wird und mir die Mittel zur Verfügung stehen, um dies zu verhindern? Eine Aussage, die auf der Grundlage eigener Erfahrungen des letzten Katholikentages, in der heutigen politischen Lage, anders diskutiert wird, als noch vor dem 20. Februar 2022.

Ich lade Sie herzlich ein, sich bereits heute mit uns auf den Weg zum Katholikentag in Erfurt zu machen. Wenn Sie wollen, können Sie sich den Psalm 37 auf Seite 14 durchlesen, vielleicht auch die Betrachtung unseres Geistlichen Beirates dazu in dieser Ausgabe. In ihm steckt viel, was ich mir wünsche und mein Glaube lässt mich hoffen, dass wir nicht so verloren sind, wie es die aktuellen Zeiten versprechen.

Hoffen und beten wir gemeinsam für den Frieden in unserer Welt.

In herzlicher Verbundenheit,
Ihre Juliana Haberlag



20

Interview

„Gebietsverluste dürfen nicht Grundlage für den Frieden sein.“

GKS-Meldungen

- 06 Aktuelle Meldungen aus dem Verbandsleben der GKS
- 08 Mit dem Sachausschuss am „Centre Européen“
- 10 Ehrung Kranzniederlegung Fürstenfeldbruck

Titelthemen

- 24 Nationaler Sicherheitsrat Mit den Menschen! Für die Menschen
- 28 Zeitenwende Der soldatische Blick in die Zukunft der Bundeswehr
- 34 Sachausschusses Sicherheit & Frieden Zur Notwendigkeit nuklearer Abschreckung nach der Zeitenwende
- 41 Erzählen in Bildern Fluchtursachen im Überblick

Weitere Rubriken

- 3 Editorial
- 12 Panorama
- 14 Wort des Geistlichen Beirats
- 44 Medien/Buchempfehlung
- 47 Impressum



Apokalypse Klimaflucht?

Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration

36



Zeitenwende

Der soldatischer Blick in die Zukunft der Bundeswehr

28

Abschied

DER LOTSE IM NORDEN GEHT VON BORD

Am 27. April 2023 lud der katholische Militärbischof, Dr. Franz-Josef Overbeck, zur Verabschiedung des Leitenden Militärdekan Msgr. Rainer Schadt nach Kiel. Viele kamen, um Abschied zu nehmen, in Erinnerungen zu schwelgen, einen Blick in die Zukunft zu wagen und einfach: Danke zu sagen.

Die GKS war durch die stellv. Bundesvorsitzende, Hauptfeldwebel Juliana Haberlag, Hauptmann a. D. Michael Grundmann, dem langjährigen Bereichsgeschäftsführer Nord, und die Bundesgeschäftsführerin Regina Bomke vertreten.

Die Wehmut war überall zu spüren, in allen Reden wurde deutlich, wie geschätzt der scheidende Militärdekan überall ist.

Der Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck beschreibt ihn als einen Menschen, der in sich den Mainzer Humor mit soldatischem Ernst vereint. Er war ein guter Begleiter und Fels in der Brandung für viele seiner Soldatinnen und Soldaten.

Wir stimmten dieser treffenden Beschreibung zu. Danke, Herr Leitender Militärdekan, für viele Jahre gemeinsamen Unterwegsseins. Im hohen Norden ist das für einen katholischen Verband nicht immer einfach. Wir wussten, dass wir immer jemanden auf der Brücke hatten, der uns gut wollte und uns mit Rat und Tat zur Seite stand. Und auch das Lachen und das gesellige Beisammensein bei guten Gesprächen kam nie zu kurz.

Wir wünschen Ihnen für Ihre neue Aufgabe im Bistum Mainz viel Erfolg. Sie sind zwar in den Ruhestand der Bundeswehr eingetreten, setzen sich jedoch nicht zur Ruhe. Alles Gute, Freude, Schaffenskraft, Gottvertrauen, eine gute Hand für alle, die Ihnen anvertraut sind, und allzeit das Wissen, dass Gott mit uns über Mauern springen will.

Wir wünschen dem Nachfolger, dem leitenden Militärdekan Torsten Stemmer, immer genug Wasser unter dem Kiel, Wind in den Segeln und gute Schuhe, um sich auf den Weg zu den anvertrauten Menschen zu machen.

Allzeit Gottes reichen Segen! Wir freuen uns auf gemeinsame Begegnungen und das Unterwegssein im Dienste des Herrn.



Vertreter des GKS-Bundesvorstandes zu Besuch bei der Wehrbeauftragten

Wehrbeauftragte Högl fordert Debatte über Gesellschaftsjahr

Die GKS engagiert sich seit 2018 für die Einführung eines Gesellschaftsjahres als Chance für junge Menschen, für die Gesellschaft und für die vielen ehrenamtlichen Strukturen, die unser Land sicherer, lebenswerter machen. Das wäre auch für die Bundeswehr eine große Chance, da es ihr die Möglichkeit gäbe, junge Menschen davon zu überzeugen, dass es sinnvoll und befriedigend ist, als Soldat und Soldatin seinem Land zu dienen.

„Es wäre ein guter Beitrag, um die Bundeswehr für die Zukunft gut aufzustellen.“

Eva Högl
Wehrbeauftragte der Bundesregierung

Insofern freuen wir uns, dass die Debatte über ein solches Gesellschaftsjahr wieder aufgenommen wurde und eine wichtige Unterstützerin gefunden hat.

Treffen mit Freunden in Köln: Die Delegationen der AKS aus Österreich, des Apostolat Militaire International (AMI), des Bereichs West und des Bundesvorstandes



INTERNATIONALER SOLDATENGOTTESDIENST IN KÖLN

Traditionell werden die Weltfriedenstagsgottesdienste mit Beteiligung von Soldatinnen und Soldaten mit dem internationalen Soldatengottesdienst im Kölner Dom Anfang Januar eröffnet, zu dem Kardinal Rainer Maria Woelki auch dieses Jahr wieder geladen hatte.

Nachdem zwei Jahre lang kaum Menschen an dem Gottesdienst teilnehmen durften, fanden sich in diesem Jahr wieder Soldatinnen und Soldaten aller Teilstreitkräfte und Dienstgrade ein, um für den Frieden in der Welt zu beten. Angesichts des seit fast einem Jahr anhaltenden Krieges in der Ukraine war dieses Gebet von großer Aktualität und Dringlichkeit, was im Dom deutlich zu spüren war.

Nach dem Gottesdienst lud der Leitende Militärdekan Köln, Monsignore Schnettker, im Maternushaus zum Empfang ein. Viele kamen und nutzten die Gelegenheit, um miteinander zu sprechen und sich zu treffen. Wir waren sehr erfreut, dass auch unsere Freunde von der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS) wieder an der Veranstaltung teilnehmen konnten.

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Ulrich Schäffer, sagte, dass der Krieg in der Ukraine und die Pandemie hinter uns liegen.

Im globalen Zeitalter pflanzen sich die Folgen des Krieges rasend schnell fort und schwappen in alle Lebensbereiche hinein. Und mit jeder spürbaren Folge wird auch in unserem Land deutlich, dass wir in einer Zeit der Veränderung leben, die große Auswirkungen auf unser Leben haben wird.

Wieder sind Überzeugungen, Halt gebende Weltbilder und traditionelle Denk- und Verhaltensweisen erschüttert. Plötzlich befinden wir uns in Diskussionen, die lange Zeit für unmöglich und überflüssig gehalten wurden. Wir alle erkennen, dass die Antworten auf die Fragen schwerfallen, und dass manche Frage eine neue Antwort, ein Umdenken und eine Verhaltensänderung erfordert.

In einem Kirchenlied heißt es: „Jetzt ist die Zeit, jetzt ist die Stunde, heute wird getan oder auch vertan.“

Die Ereignisse der letzten Monate haben uns deutlich gemacht, dass wir in einer solchen Zeit leben – wahrscheinlich immer gelebt haben. Manchmal verdichten sich die Ereignisse so, dass wir nicht die Augen davor verschließen können.

Wir haben die Verantwortung, als Einzelne und als Gemeinschaft dazu beizutragen, dass die Welt ein besserer Ort wird. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, denn es liegt in unserer Verantwortung. ■





Eindrücke von der Sachausschusssitzung in Metz



MIT DEM SACHAUSSCHUSS AM “CENTRE EUROPÉEN”

Ein Beitrag von Oberstleutnant Dipl.-Kfm. Rufin Maria Mellentin Fotos GKS

Im Ausschuss für Sicherheit und Frieden (S&F) steht bei seinen Sitzungen das „Bildungs-B“ im Vordergrund. Dieses Mal hatten wir uns für 36 Stunden Europa auf die Tagesordnung geschrieben.

Ist die Verwirklichung des Traums von Frieden und Wohlstand in Europa realistisch?

Der Sachausschuss traf sich kurz nach Ostern in der alten Bischofsstadt Metz in Lothringen, der Region, die nach dem Tod Karl des Großen jahrhundertlang zum Kampfplatz zwischen Frankreich und Deutschland werden sollte. Die Unterkunft in der alten Kommandantur von Metz konfrontierte uns mit der zentralen Frage: Wie kann Versöhnung unter Völkern gelingen? Die Antwort war ständig präsent. Wir spürten sie auch am Ende dieser Bildungs- und Begegnungsreise, als wir während der Frühmesse durch den Lothringer Kanoniker, Herrn Schweizer, auch auf Deutsch begrüßt wurden und als uns der letzte Stadtgang zum Deutschen Tor führte, wo bereits im Jahre 1230 „les Chevaliers Teutoniques ou Frères Hospitaliers de Notre-Dame-des Allemands“ (Deutscher Orden, OT) ein Hospital betrieben hatten. Dazwischen lag ein besonderer Tag. Nach dem Frühstück führte er uns in die Bibliothek des Soldatenheims und zum europäischen Zentrum „Robert Schuman“. Neben dem Wohn- und Sterbehaus des großen Europäers, Robert Schuman, begrüßte uns der Leiter des Hauses mit einem Vortrag und einem Gespräch über die Zukunft der Europäischen Union: Europa als autonome Macht? Es ist ein Thema, das den Sachausschuss seit Jahren beschäftigt. Sehen wir gerade in der

EU ein Modell für ein gelingendes und gelebtes „christliches Abendland“. Über das Thema EU in einer globalisierten Welt wurden Denkanstöße und Antworten gegeben. Nach einer Analyse der Situation war die positive Botschaft eines erfolgreichen und einzigartigen Friedensmodells zu erkennen. Unser Dank gilt besonders dem engagierten Leiter, Herrn Richard Stock, der uns im Anschluss auch die Person des bekennenden Katholiken Robert Schuman näherbrachte. Das Zentrum befindet sich neben seinem Wohn- und Sterbehaus. Die Kulisse und das christliche Miteinander wurde auch durch ein gemeinsames Essen im Franziskanerinnenkloster unterstrichen. **Die Botschaft des Tages war eindeutig:** Der Geist Robert Schumans, der als Gefangener der Nazis und der Gestapo den Gedanken aufgegriffen hatte, „der Zweite Weltkrieg muss anders beendet werden als der Erste Weltkrieg“, ist heute noch aktuell. Konrad Adenauer, Jean Monnet und Alcide de Gasperi hatten Männer gefunden, die, vom gleichen Leitgedanken beseelt und christlich motiviert, mit dem „Schuman-Plan“ am 09. Mai 1950 den Grundstein für das Erfolgsmodell der heutigen EU legten. Wir waren erstaunt, als wir vor dem „Centre“ und neben der Begräbniskapelle von Robert Schuman die großen Bronzefiguren der vier großen Europäer sahen. Das Projekt wurde im Jahre 2012 von der Russischen Föderation initiiert. Der Bildungstag endete mit einem Besuch des Museums auf dem Schlachtfeld von Gavelotte, das daran erinnerte, dass auch die deutsch-französische Freundschaft nicht zur Selbstverständlichkeit verkommen darf. Menschen sollten in Freiheit und Wohlstand leben. Diese Selbstverständlichkeit durften wir erleben. ■

Themenwochenende GKS-Kreis Saarland

Der GKS-Kreis Saarland lud zu einem Themenwochenende in den Kreis Birkenfeld ein, an dem 15 Familien mit insgesamt 59 Personen teilnahmen.

Das Wochenende war geprägt von den sozialen Medien, ihrem Einfluss auf den Einzelnen, ihren Gefahren und Chancen. Die Referentinnen des Familienteams der KAS gestalteten das Wochenende. In einigen Fällen kam es zu interessanten Erkenntnissen. Es wurden die Statistiken und wissenschaftlichen Erkenntnisse über Mobiltelefone, TV und Social Media mit früheren Generationen oder anderen Ländern verglichen. Die Ansichten einiger unserer Kinder und Jugendlichen, die in die Diskussionen einbezogen wurden, waren besonders interessant.

Der Bingo-Abend zeigte, dass man mit den Menschen, die man in der Präsenz erlebt, viel Spaß haben kann. Dank des Militärfarrers Marius Merkelbach kam auch die Besinnung nicht zu kurz.

Am Sonntag waren wir uns einig, dass das GKS-Themenwochenende ein gutes Wochenende gewesen war, an dem wir Bildung, Begegnung und Besinnung erlebt hatten.

Themenwochenende Bad Neuenahr-Ahrweiler/ Grafschaft

Der Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler/Grafschaft brach von der Ahr in die Eifel auf, um dort ein gemeinsames Wochenende zu verbringen. Die Idee war, sich mit aktuellen Themen aus Kirche und Welt auseinanderzusetzen und in vertrauter Runde und im Bewusstsein unseres Glaubens und unserer Wertebasis zu sprechen.

Durch interessante Vorträge von Oberstleutnant a. D. Walter Schäffer zum Ukrainekrieg, Oberstleutnant a. D. Ludwig Mann zu alternativen Energien als Chance, die Schöpfung zu bewahren, und durch Martina Koch zur Krise der Kirche wurden lebhaft Diskussionen ausgelöst. Viele Gespräche drehten sich um den Wiederaufbau im Ahrtal. Jeder von uns hat seine eigene Erfahrung mit der Flut. Die Schilderungen der Teilnehmer vermittelten die Anstrengungen und die Erschütterung. Eine vollständige Aufarbeitung ist noch nicht erfolgt. Neben der Wanderung zur Mariensäule an der Kyll über den „Sieben Schmerzen Mariae Steig“ war der Gottesdienst in der Stiftskirche ein Höhepunkt des Wochenendes.



Volkstrauertag

Kranzniederlegung Fürstfeldbruck

Die GKS nimmt traditionell an der Kranzniederlegung am Luftwaffenehrenmal in Fürstfeldbruck teil. Der Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit und Frieden, Oberstleutnant Rufin Mellentin, und der stellvertretende Bereichsvorsitzende Süd und Kreisvorsitzende Ingolstadt, Oberstleutnant Hermann Hofer, legten den Kranz der GKS nieder.



Themenwochenende: GKS-Kreis Vulkaneifel und Wahl des Kreisvorsitzenden

Nach der Ankunft am Freitagabend wurde nach dem Zimmerbeziehen das umfangreiche Abendbrot eingenommen. Im Anschluss fand eine kurze Vorstellungsrunde aller Familien statt. Als Besonderheit dieses Wochenendes stand die Wahl des neuen Kreisvorsitzenden und -vorstandes des Kreises Vulkaneifel im Vordergrund. Stabsfeldwebel Robert Kalcik, der sich als neuer Kreisvorsitzender zur Wahl stellen wollte, begrüßte mit dem Oberstleutnant Frank Nowak (als Vertreter des Bereichsvorstandes) die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Am Samstagmorgen versammelten wir uns zum Morgenlob. Danach fand eine hausinterne Kinderbetreuung statt. Für die Teilnehmer stand als Thema, vorgetragen von Major Laurentius Wedeniwski aus dem Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr, Dezernat Waffentransfers/humanitäre Rüstungskontrolle, alles rund um Afrika auf dem Programm. Der Aufbau, die Geografie und als Extra die laufende Entmilitarisierung der Sicherheitskräfte (SALW), an der er selbst längere Zeit persönlich beteiligt war. Dieser Vortrag zog viele spannende Diskussionen nach sich.

Danach war bis 17 Uhr alles im Sinne der Familienfreizeit. Da das Wetter an diesem Tag regnerisch war, trafen sich mehrere Familien im hauseigenen Schwimmbad und der dazugehörigen Sauna. Die Zeit bis zum Abendessen nutzte Major Wedeniwski zur Beendigung seines Vortrags und es wurde die Wahl zum Kreisvorstand durchgeführt.

StFw Robert Kalcik wurde als neuer Kreisvorsitzender der Vulkaneifel mit seinen beiden Stellvertretern Hpt-Fw Elisa Weiß und OFw Sebastian Ternes sowie dem Beisitzer OStFw Benne Gerling einstimmig gewählt. Als Vertreter des Vorstands konnte OTL Frank Nowak dem gesamten Vorstand Glückwünsche überbringen und ihm eine glückliche Hand wünschen.

Der Sonntag bot noch einen besonderen Gottesdienst: Gemeinsam wanderten wir zur St. Donatus-Kapelle in Gemünden, wo Militärfarrer Michael Bendel mit seinem Pfarrhelfer die Sonntagsmesse vorbereitete. ■

Krebsforschung

Urintest aus Papier kann Krebsarten erkennen

Forscher aus den USA haben einen einfachen und kostengünstigen Urin-Test aus Papier entwickelt, der bisher bei Mäusen 46 Krebsarten anzeigt. Doch die Tests mit Menschen laufen bereits. Krebspatienten bekommen eine Substanz verabreicht, die auf Krebszellen reagiert.

Mehr Informationen dazu:



Lebenslehre eines Weisen

1 Von David. Errege dich nicht über die Bösen, ereifere dich nicht über jene, die Schlechtes tun!
 2 Denn sie verwelken schnell wie das Gras, wie frisches Grün verdorren sie.
 3 Vertrau auf den HERRN und tue das Gute, wohne im Land und hüte die Treue!
 4 Habe deine Lust am HERRN! So wird er dir geben, was dein Herz begehrt.
 5 Befiehl dem HERRN deinen Weg, vertrau ihm – er wird es fügen.
 6 Er lässt deine Gerechtigkeit aufgehen wie das Licht, dein Recht wie die Helle des Mittags.
 7 Sei still vor dem HERRN und harre auf ihn! Errege dich nicht über den, dessen Weg Erfolg hat, den Mann, der Ränke ausführt!
 8 Steh ab vom Zorn und lass den Grimm, errege dich nicht, es führt nur zu Bösem!
 9 Denn die Bösen werden ausgetilgt, die aber auf den HERRN hoffen, sie werden das Land besitzen.
 10 Eine Weile noch, dann gibt es keinen Frevler mehr; schaust du nach seiner Stätte- ist er nicht mehr da.
 11 Doch die Armen werden das Land besitzen, ihre Lust haben an der Fülle des Friedens.
 12 Der Frevler sinnt auf Ränke gegen den Gerechten, knirscht gegen ihn mit seinen Zähnen.
 13 Der HERR verlacht ihn, denn er hat gesehen: Sein Tag wird kommen.
 14 Die Frevler haben das Schwert gezückt und ihren Bogen gespannt, um zu Fall zu bringen den Armen und Elenden, hinzuschlachten, die den geraden Weg gehen.
 15 Ihr Schwert wird in ihr eigenes Herz dringen, ihre Bogen werden zerbrechen.
 16 Besser das Wenige, das der Gerechte besitzt, als der Überfluss vieler Frevler.
 17 Denn die Arme der Frevler werden zerbrochen, doch die Gerechten stützt der HERR.
 18 Der HERR kennt die Tage der Bewährten, ihr Erbe hat ewig Bestand.
 19 Sie werden nicht zuschanden in böser Zeit, in Tagen des Hungers werden sie satt.
 20 Doch die Frevler werden zugrunde gehn, mit den Feinden des HERRN, wie die Pracht der Wiesen schwinden sie dahin, im Rauch schwinden sie dahin.

21 Der Frevler borgt und erstattet nicht, doch der Gerechte ist gütig und gibt.
 22 Denn die von ihm Gesegneten werden das Land besitzen, aber die von ihm Verfluchten werden ausgetilgt.
 23 Der HERR festigt die Schritte des Menschen, an seinem Weg hat er Gefallen.
 24 Auch wenn er strauchelt, stürzt er nicht hin, denn der HERR stützt seine Hand.
 25 Jung war ich, nun bin ich alt, nie sah ich einen Gerechten verlassen noch seine Nachkommen betteln um Brot.
 26 Allzeit ist er gütig und leiht aus, seine Nachkommen werden zum Segen.
 27 Meide das Böse und tue das Gute, so bleibst du wohnen für immer.
 28 Denn der HERR liebt das Recht und wird seine Frommen nicht verlassen, auf immer werden sie bewahrt. Doch die Nachkommen der Frevler werden ausgetilgt.
 29 Die Gerechten werden das Land besitzen und darin wohnen für alle Zeiten.
 30 Der Mund des Gerechten bewegt Worte der Weisheit und seine Zunge redet, was recht ist.
 31 Die Weisung seines Gottes ist in seinem Herzen, seine Schritte werden nicht wanken.
 32 Der Frevler belauert den Gerechten und sucht ihn zu töten.
 33 Der HERR wird ihn nicht seiner Hand überlassen, wird nicht zulassen, dass man ihn vor Gericht verurteilt.
 34 Hoffe auf den HERRN und bewahre seinen Weg! Er wird dich erhöhen, das Land zu besitzen. Wenn die Frevler ausgetilgt werden, wirst du es sehen.
 35 Ich sah einen gewalttätigen Frevler, sich spreizend wie ein grüner, verwurzelter Baum.
 36 Er verging – siehe: er war nicht mehr da. Ich suchte ihn, doch er war nicht zu finden.
37 Achte auf den Lauteren und sieh auf den Redlichen, denn Zukunft hat der Mensch des Friedens.
 38 Doch die Abtrünnigen sind allesamt vernichtet, die Zukunft der Frevler ist ausgetilgt.
 39 Die Rettung der Gerechten kommt vom HERRN, ihre Zuflucht zur Zeit der Bedrängnis.
 40 Der HERR hat ihnen geholfen und sie gerettet, er wird sie vor den Frevlern retten und ihnen Heil schenken, denn sie haben sich bei ihm geborgen.

„Wenn Christen die Psalmen der Bibel rezitieren, dürfen sie nicht vergessen und verdrängen, dass diese zuallererst die Gebete Israels waren – und bis zum Ende der Zeiten bleiben! Dass wir als Kirche die Psalmen Israels rezitieren, erinnert uns daran, dass diese das Gebetbuch Jesu und der ersten Christen waren. Mit den Psalmen sagen wir ausdrücklich ja zu unserer jüdischen Ursprungsgeschichte und zu dem jüdischen Erbe, das seit den Anfängen der Kirche bei uns da ist. Das Rezitieren der Psalmen macht bewusst: Sie sind Graben und Brücke zugleich zwischen Judentum und Christentum.“

Alttestamentler Erich Zenger

Das Wort des Geistlichen Beirats

Foto: KS / Doreen Bierdel



Leitender Militärdekan Bernd F. Schaller
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“

Das Leitwort des 103. Katholikentags, der vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2024 in Erfurt stattfindet, stammt aus dem zweiten Teil von Vers 37 im Psalm 37. Vielleicht nicht immer für jeden ganz präsent, dient dieses Wort in den Jahren 2023 und 2024 als Jahresthema in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Gleichzeitig wird es alle Ausgaben des AUFTRAG in diesem Jahr zieren und auch inhaltlich Schwerpunkte setzen. In diesem Heft ist der gesamte Psalm 37 in der Form der Einheitsübersetzung aus dem Jahr 2012 abgedruckt und kann als geistliche Lektüre dienen.

Das Wort des Geistlichen Beirats wird sich als „Fortsetzungsgeschichte“ mit dem Psalm im Allgemeinen, dem Inhalt und der Deutung von Psalm 37 und abschließend mit dem Psalmvers 37b beschäftigen. Zu den unterschiedlichsten Gottesdienstformen wird heute der ein oder andere Psalm gern genommen. Im kirchlichen Stundengebet der geistlichen Gemeinschaften und des Klerus ist er ein fester Bestandteil und nicht wegzudenken. Sie dienen als Inspiration in Literatur, bildender Kunst und Musik.

Es gibt auch zeitgenössische, neue Psalmtexte zu aktuellen Themen und Ereignissen, wie der Ahrpsalm, der LBSTQ- oder der Kriegpsalm des Priesters und geistlichen Schriftstellers Stephan Wahl, in seinem Buch „Erwarte von mir keine frommen Sprüche. Ungeschminkte Psalmen“.

In der Bibel findet sich das „Buch der Psalmen“ oder auch „Psalter“ genannt im Alten Testament und umfasst 150 Psalmen. Der Name lässt sich aus dem Hebräischen als Sprechgesang mit Saitenspielbegleitung herleiten, genauer gesagt aus dem griechischen „Psalmos“, was so viel wie „Saitenlied“ bedeutet. Der Psalter stellt also eine Sammlung von Liedern dar, die zum Teil am Beginn Hinweise und Erklärungen zum vermeintlichen Verfasser, zur Gattungsart, zur Verwendungsweise und sogar zum eingesetzten Instrument enthalten.

So finden wir zum Beispiel bei Psalm 5 die Anmerkung: „Morgengebet um Beistand. Für den Chormeister. Zum Flötenspiel. Ein Psalm Davids“. Aber auch in den Psalmen finden sich Hinweise zur Art des Psalmgebets, wie in Psalm 33 im zweiten und dritten Vers:

„Preist den Herrn auf der Leier, auf der zehnsaitigen Harfe spielt ihm! Singt ihm ein neues Lied, spielt kunstvoll mit Jubelschall!“

Wer kann sich nicht an Werke erinnern, die David mit einer Harfe zeigen?

Im Neuen Testament wird aus dem Buch der Psalmen so häufig zitiert wie aus keinem anderen alttestamentlichen Buch. Die Entstehungszeit der Psalmen lässt sich grob auf die Zeit des 6. bis 2. Jahrhunderts vor Christus festlegen. Als Psalmengattungen finden sich vorwiegend Hymnen, Danklieder, Klagelieder von Einzelpersonen und des Volkes, Bittpsalmen, Wallfahrtslieder, Königslieder, Weisheitslieder und Psalmen, die den Messias im Blick haben.

Wer die Psalmen aufmerksam liest, erkennt die ganze Bandbreite menschlichen Lebens: Erfahrungen, Hoffnungen, Sehnsüchte, Gottvertrauen – alles, was Menschen bis auf den heutigen Tag ohne Unterschied von Herkunft, Sprache und Weltanschauung bewegen.

Auch wenn in den christlichen Kirchen die Psalmen in vielfältiger Form gepflegt werden, darf nie vergessen werden, was der

bedeutende Alttestamentler Erich Zenger in seinen Psalmenauslegungen „Die Nacht wird leuchten wie der Tag“ (1996) feststellt:

„Wenn Christen die Psalmen der Bibel rezitieren, dürfen sie nicht vergessen und verdrängen, dass diese zuallererst die Gebete Israels waren – und bis zum Ende der Zeiten bleiben! Dass wir als Kirche die Psalmen Israels rezitieren, erinnert uns daran, dass diese das Gebetbuch Jesu und der ersten Christen waren. Mit den Psalmen sagen wir ausdrücklich ja zu unserer jüdischen Ursprungsgeschichte und zu dem jüdischen Erbe, das seit den Anfängen der Kirche bei uns da ist. Das Rezitieren der Psalmen macht bewusst: Sie sind Graben und Brücke zugleich zwischen Judentum und Christentum.“

Der Aachener Priester und Schriftsteller Wilhelm Bruners bringt es in einem seiner Gedichte auf den Punkt:

„Nach dem morgendlichen Gang über die Psalmenbrücke | drehe ich mich nicht mehr um die eigene Achse | ich atme die alten Heilworte in meine Tagängste | und bin guter Hoffnung.“



**“GEBIETSVERLUSTE
DÜRFEN NICHT
GRUNDLAGE FÜR DEN
FRIEDEN SEIN.”**

Interview Nadin Schley

Der Mainzer Bischof Dr. Peter Kohlgraf ist Präsident der Internationalen Katholischen Friedensbewegung Pax Christi – Deutsche Sektion e. V.

Foto: Bistum Mainz

Bischof Kohlgraf, Sie sind Präsident der Internationalen Katholischen Friedensbewegung “Pax Christi”. Welche Rolle spielt die Katholische Kirche im Ukraine-Krieg?

In der Ukraine-Krise ist die katholische Kirche auf verschiedenen Ebenen involviert. Eine wichtige Rolle spielt die humanitäre Hilfe, die die katholische Kirche hierzulande leistet. Wir haben Gemeinden gegründet, die sich um die Belange der ukrainischen Bevölkerung kümmern. Wir wollen den Menschen eine Heimat geben. Dabei hoffen wir, dass sie eines Tages zurückkehren können. Bis dahin gehören diese Menschen zu uns und bis dahin werden sie von uns humanitär begleitet. Natürlich bieten wir auch in der Ukraine Hilfe an. Eine Vielzahl von Diözesen in der Ukraine haben Partnergemeinden. Der Vatikan unterstützt weiterhin seine diplomatischen Bemühungen, auch wenn die Öffentlichkeit davon wenig erfährt. Die katholische Kirche profitiert von ihrer globalen Vernetzung, die auch in die Ukraine hineinreicht.

Mit dem Beginn des Angriffskrieges hat sich vieles in Europa verändert, auch und gerade in friedens- und sicherheitspolitischen Fragen. Wie steht es um den Pazifismus vor diesem Hintergrund?

Ich glaube, dass es innerhalb des Pazifismus verschiedene Strömungen gibt. Pax Christi ist eine internationale Friedensbewegung, die sich auf die Versöhnungsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich und auch Deutschland und Polen, stützt. Auch den Menschen, die in Pax Christi engagiert sind, war der Gedanke der Versöhnung stets ein wichtiger Gedanke. Pax Christi hat sich gegen Bewaffnung und Aufrüstung ausgesprochen und zugleich gibt es ein starkes Ringen um die Frage nach Selbstverteidigung. Ein Land, das angegriffen wird, hat das Recht zur Selbstverteidigung. Es geht um die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die Kriegsführung darf nicht mehr Schaden anrichten, als die Folgen eines Angriffs. Doch wie kann man das objektiv messen? Die Schäden durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sind so verheerend, dass sie gegen jedes Völkerrecht verstoßen. Pazifisten können nicht zwangsläufig als “fünfte Kolonne Moskaus” betrachtet werden. Sie warnen davor, sich zu sehr an die Kriegsrhetorik von Sieg und Niederlage zu gewöhnen. Ich bin erstaunt, wie schnell sich Politikerinnen und Politiker zu Panzerexper-

tinnen und Panzerexperten entwickelt haben. Wir brauchen Visionen von einer Welt nach dem Krieg. Wir können nicht nur unter der Logik der Vergeltung leben. Es braucht Gerechtigkeit, denn Vergebung kann nicht ohne Gerechtigkeit erfolgen.

Vor dem Hintergrund der Waffenlieferung und Aufrüstung scheint der Pazifismus lediglich eine Utopie zu sein.

Der Pazifismus ist nicht nur schwarz-weiß. Es gibt verschiedene Formen von Pazifismus. Ich kann von einer friedlichen Lösung träumen und sie mir wünschen, aber nicht ohne Gerechtigkeit und auch nicht, indem ich das Selbstverteidigungsrecht eines Landes bestreite. Wie weit diese Diskussion gehen kann, darüber scheiden sich auch die Geister innerhalb des Pazifismus. Ich bin skeptisch, wenn wir der Forderung der Ukraine nachkommen, auch international geächtete Waffensysteme einzusetzen. Unrecht ist nicht mit Unrecht zu vergelten. Ich bin mir der Not der Ukraine bewusst. Doch von beiden Seiten besteht die Gefahr, dass Kriegsverbrechen begangen werden. Das kann nicht die Lösung sein.

Pax Christi führt eine Kampagne unter dem Titel “Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!” durch. Welche Zielgruppen werden mit dieser Kampagne angesprochen?

Unter dieser Überschrift fanden eine Reihe von Aktionen statt, die pazifistische Organisationen, darunter auch Pax Christi, zum Jahrestag des Kriegsbeginns im vergangenen Februar aufgerufen haben. Bei Veranstaltungen in zahlreichen Städten wurde für ein Ende der Gewaltspirale geworben. Es ging darum, ein Zeichen gegen den Krieg zu setzen. Pax Christi-Gruppen in ganz Deutschland beteiligten sich an Protesten, Mahnwachen, Informationsveranstaltungen und Friedensgebeten.

Kann man in dieser Situation überhaupt für einen Waffenstillstand werben?

Pax Christi wird immer für Waffenstillstand und Verhandlung werben – auch wenn es innerhalb von Pax Christi unterschiedliche Meinungen gibt. Für mein Empfinden ist der Boden für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine noch nicht bereitet, weil der Aggressor eine Kapitulation fordert. Dies ergibt keinen Sinn und es ist eine schwierige >>



Kiew: Luftbild einer bombardierten Straße während des Krieges zwischen Russland und der Ukraine.

Foto: Shutterstock

“UNRECHT
DARF NICHT
EINFACH
TOLERIERT
WERDEN.”

Situation, die die christliche Friedensethik zu wenig beachtet hat. Gebietsverluste dürfen nicht Grundlage für einen dauerhaften Frieden sein.

Wenn Pax Christi die Verhandlungen fordert, scheint es, dass derzeit aus Sicht der Friedensbewegung nicht ausreichend gehandelt wird. Welche diplomatischen oder politischen Schritte vermissen Sie?

Pax Christi betreibt keine Realpolitik, und ich als Bischof auch nicht. Es bereitet mir Sorgen, dass andere Möglichkeiten zur Konfliktlösung außer Acht gelassen werden. Die Pax Christi-Delegiertenversammlung hat in ihrer Erklärung vom Oktober 2022 unter der Überschrift „Wer Frieden will, muss Frieden vorbereiten“ Maßnahmen gefordert, die auf ein Ende der Logik der Gewalt zielen, Dialog und Verhandlungen in den Blick nehmen und insbesondere zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreien Widerstand zu fördern. Pazifistische Positionen sind nicht immer realpolitisch, aber wir brauchen eine Perspektive für die Zukunft, die mehr ist als Rache und Vergeltung, Bedrohung durch Waffen und Säbelrasseln. Ich denke, dass auch pazifistische Positionen, obwohl sie im Moment belächelt werden, für die Gestaltung einer Zukunftsordnung unverzichtbar sind. In der Heiligen Schrift finden sich auch Friedensvisionen. Die Friedensvisionen in der Bibel sind alle in Kriegszeiten entstanden, sie wurden von Menschen geschrieben, die genauso im Dreck saßen wie die Menschen in der Ukraine heute.

Die westlichen Staaten liefern der Ukraine auf deren Bitten hin Waffen und Munition. Diskutiert wird meist nur das, was geliefert wird. Ob ist unstrittig. Thomas Nauerth, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Pax Christi, glaubt, dass die Waffenlieferung die Suche nach Alternativen zu Kampf und Verhandlung blockiert. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Innerhalb von Pax Christi gibt es unterschiedliche Ansichten. Wir sind uns einig darin, eine gerechte Friedensordnung zu schaffen, die nicht auf dem Säbelrasseln basieren kann. Es gibt unterschiedliche Auffassungen über den Weg dorthin. Wir müssen diese dann gemeinsam aushalten. Wir bemühen uns, auch innerhalb von Pax Christi, um Antworten auf gewisse Fragen, wie es die gesamte Gesellschaft derzeit tut.

Thomas Nauerth stellt sich auch die Frage nach dem Warum. Sollte Deutschland Waffen an die Ukraine liefern?

“Oft wird gesagt, dass man von der Kirche nichts hört. Ich glaube, man hört sehr viel. Man muss es nur wahrnehmen.”

Ich glaube, dass Herr Nauerth wissenschaftlich sehr viel tiefer in das Thema eingestiegen ist als ich. Ich bin überzeugt, dass wir ein Signal brauchen, das Wirkung zeigt. Die russische Führung muss spüren, dass Europa in einer solchen Lage zusammenhält. Unrecht darf nicht toleriert werden. Unsere Regierung verhält sich besonnen, auch wenn sie von allen Seiten kritisiert wird. Ich nehme die Entscheidungen unserer Regierung nicht als hysterisch wahr. Die Politikerinnen und Politiker sollten sich nicht unüberlegt unter Druck setzen lassen. Das wäre kein guter Weg.

Sie haben einen Brief an den Papst geschrieben. Der Heilige Stuhl sollte zur Konfliktlösung beitragen. Sind Sie der Meinung, dass der Papst zu wenig interagiert?

Der Vatikan interagiert so, dass die Öffentlichkeit wenig erfährt. Das war immer schon vatikanische Politik, als Gesprächspartner für alle Seiten seriös zu sein. Ich glaube nicht, dass der Vatikan neutral gegenüber Russland ist. Der Papst hat sich zu diesem Thema deutlich geäußert. Er lässt sich diplomatische Türen offen, vielleicht auch zur Stärkung der russischen Zivilgesellschaft. Das ist ein möglicher Weg, auch wenn er immer wieder kritisiert wird. Im Zweiten Weltkrieg hat sich die vatikanische Diplomatie in der Öffentlichkeit zurückgehalten. Dennoch hat er im Verborgenen einiges unternommen. Natürlich können wir hinterher fragen, ob das gereicht hat. Hätten klare Worte gefunden werden müssen? Vielleicht braucht es in dieser Welt auch Kräfte, die nicht alle Türen der Diplomatie zuschlagen. Oft wird gesagt, dass man von der Kirche nichts hört. Ich glaube, man hört sehr viel. Man muss es nur wahrnehmen. ■

Vielen Dank für Ihre Zeit!

Nationaler Sicherheitsrat

MIT DEN MENSCHEN FÜR DIE MENSCHEN

Ein Beitrag von Christina Moritz

Wenn sich zwei streiten, leidet das Land

Er hätte viel erleichtern und bewirken können: ein Nationaler Sicherheitsrat (NSR) für Deutschland. Im Kontext der Erstellung einer Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) stand er erstmals auch im Bundeskanzleramt zur Debatte. Im Deutschen Bundestag war dies seit 2020 schon des Öfteren der Fall gewesen. Das Thema NSR wurde Gegenstand parlamentarischer Anträge von zwei der sechs im Parlament vertretenen Parteien. Für die CDU/CSU forderte der Partei- und Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz in seiner Plenarrede im September 2022 die Bundesregierung eindringlich zur Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates auf. Die Union hat in der Folge öffentliche Fachgespräche zum NSR geführt und im Schwerpunkt bisher den Vorschlag eines neuen Grundgesetzartikels 65 b diskutiert, der die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsrates regeln soll. Selbst wenn die Mehrheiten für eine solche Verfassungsänderung im jetzigen Sechs-Parteien-System schwer zu erhalten sein mögen, bliebe die Option, den Nationalen Sicherheitsrat ohne dem als Kabinettsausschuss einzurichten. Ab Ende 2022 rückte dies in greifbare Nähe, weil sich nicht nur CDU/CSU und FDP, sondern auch SPD und Grüne, also Parteien in Regierungsverantwortung mit dem Gremium befassten. Es gab einen neuen, wenn auch multiplen politischen Willen, den alle im Parlament vertretenen Parteien bis dahin teilten, mit Ausnahme von Die Linke. Die Erstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie hätte die Geburtsstunde eines deutschen Nationalen Sicherheitsrats werden können.

Doch die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates scheiterte schon Anfang 2023 an der erbitterten Auseinandersetzung darüber, wo er anzusiedeln sei. Das SPD-geführte Kanzleramt und das Auswärtige Amt unter grüner Ägide beanspruchten beide den Vorsitz. Kein Konflikt zwischen den Ämtern, sondern Ausdruck parteipolitischer Kalküle und Machtgerangels wie auch diffuser Ängste um Kompetenzverluste. Die Betrachtung, welche Vorteile diese übergeordnete Sicherheitsbehörde mit Nationalem Sicherheitsberater und einer externen Analyseeinheit für ein vollständiges Lagebild, -schnellere Handlungs- und vor allem mehr Strategiefähigkeit Deutschlands brächte, geriet in den Medienberichten in den Hintergrund. Womöglich unterblieb sie sogar vollständig. Angesichts dieser Entwicklung bleibt die Frage erlaubt, welche Weitsichtbrille ein solches Maß an sicherheitspolitischer Kurzsichtigkeit ausgleichen kann. Was muss noch geschehen, damit sich ein grundlegender Sinneswandel vollzieht und der Blick über den eigenen Vorteil hinausgeht? Muss erst der schlimmste Fall eintreten, damit Vernunft und vorausschauende Politik die Oberhand gewinnen? Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Liberalen, NSR-Befürworter und Koalitionspartner in der Ampel ihre Position aufgegeben haben. Auch nicht dafür, dass die öffentliche Debatte zum Thema beendet ist. Im gesamten Medienspektrum werden kritische Kommentare abgegeben. Wenn zwei sich streiten, leidet die Sicherheit und Handlungsfähigkeit des Landes. Ist dies ein Leitbild für die künftige Regierungspolitik in der Bundesrepublik?



Foto: Christina Moritz

TV-TIPP

**Nationale Sicherheit –
Wie sind wir aufgestellt?**
Mit Christina Moritz
in der ZDF-Mediathek

Chance vertan: Nationale Sicherheitsstrategie ohne NSC

Eine Nationale Sicherheitsstrategie ohne Nationalen Sicherheitsrat als institutionelles Rückgrat ist eine vertane Chance für die Sicherheit Deutschlands, zumindest vorerst, in der laufenden Legislaturperiode. So werden Ressortdenken und Doppelstrukturen geschaffen. Strategisches Denken bleibt ein Stiefkind, nicht zuletzt, weil die Dienste nach geltender Rechtslage über Lagebeobachtung hinaus keine Befugnis haben, Handlungsempfehlungen abzugeben. SPD und Grüne ignorieren mit ihrer Entscheidung, den NSR ad acta zu legen, den dringenden institutionellen und rechtlichen Handlungsbedarf. Die Inhalte einer NSS zu formulieren, ohne einen Unterbau zu schaffen, der ihre Umsetzung und Fortschreibung sichert, ist wenig Erfolg versprechend. Warum sonst hätten sich mehr als 60 Staaten weltweit für das Modell eines Nationalen Sicherheitsrates ent-

schieden? Die Lehre aus den jüngsten Entwicklungen ist: Parteienzwist darf auf Dauer nicht die Oberhand über Sachargumente gewinnen. Noch immer gilt das Prinzip vernetzter Sicherheit, das zwingend Beteiligung, Austausch und Zusammenarbeit aller Ressorts vorschreibt, weil multiple, global wirkende Bedrohungen nur so bereits in den Anfängen eingedämmt und beseitigt werden können. Wie es vor diesem Hintergrund zu bewerten ist, dass nicht alle Bundesministerien und die Länder zunächst überhaupt nicht an der Erarbeitung der Nationalen Sicherheitsstrategie beteiligt wurden, sei dahingestellt. Entscheidend für die Gesamtschau ist die richtige Einordnung von Sicherheit.

Sicherheit ist längst nicht mehr nur Teil der Außen- und Verteidigungspolitik, sondern auch der Innenpolitik. Deshalb kann kein Bundesministerium die Führung allein übernehmen. Vielmehr gehört Sicherheit als horizontales Thema begrifflich wie faktisch in das Bundeskanzleramt. All dies sind Gründe, die Diskussion um einen Nationalen Sicherheitsrat für Deutschland als unabhängige, nicht weisungsgebundene Institution noch intensiver zu führen. Denn nur er könnte die Bundesrepublik mit umfassenden Analysen und strategischen Konzepten endlich auf die Höhe der Zeit katapultieren und nicht zuletzt die Ausarbeitung der aktuellen und künftigen nationalen Sicherheitsstrategien begleiten und fortschreiben. Eine drängende Aufgabe, weil mit dem russischen Angriff auf die Ukraine Krieg und Terror nach Europa zurückgekehrt sind und auch die Bundesrepublik existenziell bedroht ist. >>

„Parteienzwist darf
auf Dauer nicht die
Oberhand über
Sachargumente
gewinnen.“

„Ein Nationaler Sicherheitsrat (NSR) kann und muss integraler Bestandteil des föderalen Systems sein. Kein Bundesministerium würde mit einem NSR weniger Kompetenzen haben.“

Institution sui generis statt Kopie des US-Pendants

Wer Ende 2022 die Mär aufgebracht hat, dass Deutschland einen Nationalen Sicherheitsrat nach US-Vorbild erhalten könnte, ist inzwischen ein sich in der Öffentlichkeit zunehmend verbreitendes Narrativ. Was für Österreich funktioniert, gilt auch für Deutschland: Ein Nationaler Sicherheitsrat kann und muss integraler Bestandteil des föderalen Systems sein. Kein Bundesministerium würde mit einem NSR weniger Kompetenzen haben. Stattdessen könnten die Ressorts auf deutlich mehr und externe Expertise zurückgreifen. Eine NSR-Analyseeinheit außerhalb des Kanzleramtes könnte die Sitzungen des Rates und damit den Bundeskanzler mit einem umfassenderen Lagebild vorbereiten, strategische Impulse und Konzepte liefern und in großen Gefährdungslagen zeitlich befristet als zentraler nationaler Krisenstab agieren. Das ist ein Quantensprung für Deutschlands Handlungs- und Strategiefähigkeit.

Zu diesem Zweck müssen die Bastionen jahrzehntelang eingeübte Beharrungsvermögens fallen und vorwärts gerichtete Herangehensweisen erlernt werden. Angesichts eines Krieges in nächster Nachbarschaft zählt jetzt der Blick auf das, was dringend notwendig und schnell realisierbar ist – nicht auf vermeintliche juristische Hindernisse. Es geht um das Planen jenseits von kleinteiligen, engstirnigen Denkweisen. So ist völlig unerheblich, ob ein Nationaler Sicherheitsberater im Range eines Kanzleramtsministers oder eines Beauftragten tätig wird oder wie lange Beamte in die NSR-Analyseeinheit entsandt werden. Vor der Klärung solcher Details müssen die politische Entscheidung zur Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, die Anpassung aller

sicherheitsrelevanten Gesetze und – was oft vergessen wird – Vertrauen, Unterstützung und Mitwirkung der Menschen in Deutschland stehen.

Gemeinsam mit den Menschen für die Menschen

Jede Institution ist nur so gut, wie die Menschen, die sie tragen, erhalten und darin wirken. Die Deutschen werden den Empfehlungen des Nationalen Sicherheitsrates erst dann vertrauen und befolgen, wenn sie sicher sein können, dass diese mithilfe aller verfügbaren Expertise umfassend und frei von parteipolitischer Beeinflussung hergeleitet wurden. Vertrauen entsteht zudem, wenn sich der Rat in Großschadenslagen als zentraler nationaler Krisenstab bewährt. Überdies muss die Bevölkerung eigene Erkenntnisse und Lösungsvorschläge einbringen können. Das ist ein Leichtes mit digitalen Mitteln.

Mit den Menschen für die Menschen – das sollte einen deutschen Nationalen Sicherheitsrat ausmachen, damit seine Arbeit nachhaltig Wirkung entfalten kann. Wenn Zukunft nur der Mensch des Friedens hat, muss bis hinauf zur höchsten politischen Ebene ein Umdenken beginnen. Denn die erste Befassung mit dem NSR im Kanzleramt hat gezeigt, welch weitreichenden Schaden Unfrieden anrichten kann. Eine friedliche Zukunft kann nur mit Weitsicht, strategischem Weitblick und Vertrauen der Bundesregierung in die eigene Bevölkerung und die Menschen in Regierenden und staatlichen Institutionen gelingen. ■



Foto: Christina Moritz

Die Berliner Politologin Christina Moritz forscht und promoviert zu ihrem Modell für einen deutschen Nationalen Sicherheitsrat, das sie 2016 erstmals vorgestellt hat. Die Expertin setzt sich in Fachpublikationen und Vorträgen für die Schaffung der Institution ein. Christina Moritz ist Mitglied des Sachausschusses Innere Führung der GKS und Fkpt d. R.



Foto: Unsplash

„Sicherheit ist mehr als die Abwesenheit von Gefahr. Sie ist auch mehr als die Abwehr akuter Bedrohungen. Vor allem ist Sicherheit keine statische Größe, sondern ein permanentem und raschem Wandel unterliegender Zustand, der nur durch tägliche Beobachtung der Lage und strategisch vorausschauende Planung und Vorbereitung gewährleistet werden kann.“
Christina Moritz

Aus: Tat vor Rat: Auf dem Weg zu einem Nationalen Sicherheitsrat „light“?
<https://internationalepolitik.de/de/tat-vor-rat-auf-dem-weg-zu-einem-nationalen-sicherheitsrat-light>



Foto: Shutterstock

Titelthema

Eine dreiteilige Serie

ZEITEN WENDE

Ein soldatischer Blick
in die Zukunft der Bundeswehr

aus der Sicht von
Prof. Dr. Patrick Sensburg,
Präsident des Verbandes
der Reservisten der
Deutschen Bundeswehr >>

Zeitenwende: „Wir machen Schluss mit der Vernachlässigung der Bundeswehr“, Bundeskanzler Olaf Scholz

Ein Beitrag von Prof. Dr. Patrick Sensburg

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sprach am 27.02.2022 im Deutschen Bundestag von einem Bruch mit Deutschlands Vernachlässigung der militärischen Verteidigung sowie seiner passiven Haltung gegenüber der Außenpolitik. Scholz versprach, fortan jährlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben und ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro bereitzustellen, um diese Erhöhung zu ermöglichen, und schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, was eine Abkehr von der langjährigen deutschen Verteidigungs- und Rüstungsexportpolitik darstellte.

Die sicherheitspolitische Zeitenwende in Deutschland ist damit finanziell hinterlegt: Mit den Stimmen der Regierungskoalition und Teilen der Opposition wurden die Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes und zur Errichtung des Sondervermögens Bundeswehr beschlossen. Mit dem Sondervermögen Bundeswehr besteht nun die Chance, die größten Lücken in der Ausrüstung und den Fähigkeiten zu schließen.

Patrick Ernst Hermann Sensburg ist Politiker (CDU), Jurist und Professor an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung in Köln. Seit November 2019 ist er der Präsident des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr.



Foto: Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.

Gleichzeitig wird auch immer deutlicher, dass eine kontinuierliche Steigerung des zwei Prozent Ziels der NATO notwendig ist. Gelingen wird es aber nur, wenn der politische Rückhalt für die Sicherheitspolitik über den Ukrainekrieg hinaus anhält.

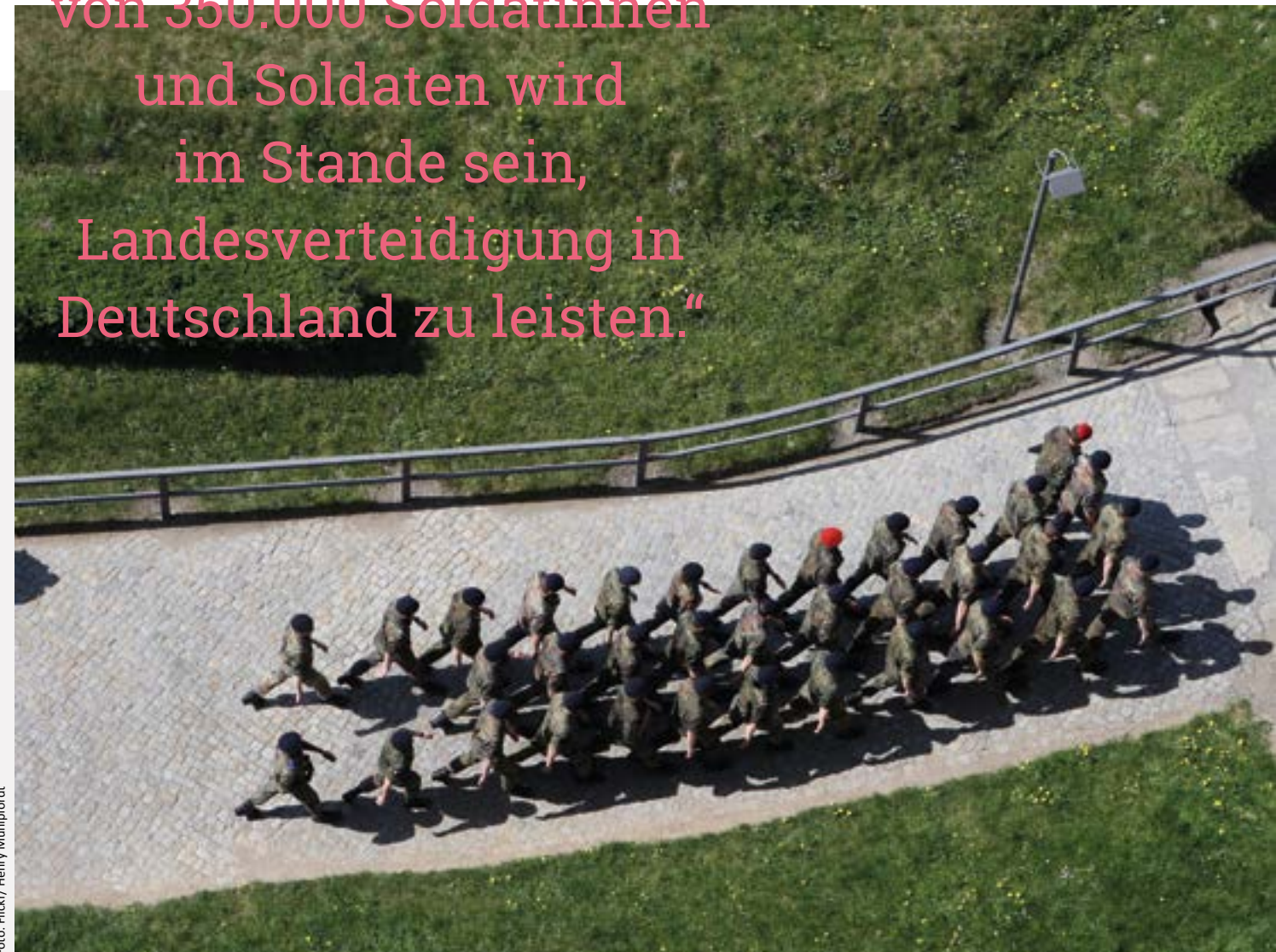
Die vergessene Truppenstärke

Neben den Investitionen aus dem Sondervermögen und dem regulären Haushalt und den Schwierigkeiten, diese auch zielführend umzusetzen, bleibt eine Größe unberücksichtigt: Die Truppenstärke. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns mehr als deutlich, wie wichtig die „Masse“ an Soldatinnen und Soldaten ist. Das schönste Großgerät wird in einem Krieg nichts bringen, wenn nicht eine ausreichende Zahl von Soldatinnen und Soldaten den Kampf ununterbrochen aufrechterhalten können. Erst eine Truppenstärke von 350.000 Soldatinnen und Soldaten wird im Stande sein, Landesverteidigung in Deutschland zu leisten, insbesondere dann, wenn zuvor schon im Rahmen der Bündnisverteidigung agiert werden musste. Resilienz und Deterrence sind eng miteinander verbunden und benötigen neben modernen Fähigkeiten auch ausreichender Truppenstärke. Diese Erkenntnis hat sich aber trotz der Zeitenwende noch nicht durchgesetzt. Lediglich bei der Reserve möchte man mehr Reservistinnen und Reservisten durch die Grundbeordnung befähigen, einen wichtigen Teil der Landes- und Bündnisverteidigung zu übernehmen. Und vielleicht liegt hier der Schlüssel. Wenn wir es nicht schaffen, langfristig die Truppenstärke zu erhöhen, müssen wir umso mehr Reservistinnen und Reservisten für einen Dienst in der Truppe begeistern, um im Bedarfsfall schnell wachsen zu können. Bisher ging man dabei von einem Verhältnis von 1 zu 3 von aktiver Truppe zur Reserve aus – Finnland beispielsweise ist weit darüber hinaus.

Mit der Strategie der Reserve, die im Oktober 2019 veröffentlicht wurde, geht die Bundeswehr einen neuen Weg, um den Bedarf an ausgebildetem Personal im Bereich der Reserve zu decken. Ziel ist es, die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte im Spannungs- oder Verteidigungsfall schnell und bedarfsgerecht sicherzustellen. Dazu startete am 01.10.2021 die Grundbeordnung (GBO).

„Erst eine Truppenstärke von 350.000 Soldatinnen und Soldaten wird im Stande sein, Landesverteidigung in Deutschland zu leisten.“

Foto: Flickr/ Henry Mühlpfordt



Die Grundbeordnung

Mit der Grundbeordnung ist die grundsätzliche Einplanung in die Reserve aller wehrdienstfähigen aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten gemeint. Das heißt, Soldaten auf Zeit, Berufssoldaten und Freiwillig Wehrdienstleistende sollen nach dem Ende ihres aktiven Dienstes über einen Zeitraum von sechs Jahren auf einen Dienstposten beordert werden. Die Grundbeordnung ist das richtige Instrument, um aus den jährlich rund 15.000 ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten qualifizierte Reservistinnen und Reservisten zu machen. Sie beinhaltet derzeit jedoch noch strukturelle Fehler und leidet unter erheblichen Startschwierigkeiten.

Ein wesentlicher struktureller Fehler ist, dass die Grundbeordnung nur über sechs Jahre hinweg gedacht

wird. Gewinnt man einen Großteil der Ausscheider, erreicht man nach rund sechs Jahren zwar die angestrebte Zahl an Reservistinnen und Reservisten, danach fallen die ersten Grundbeordneten aber wieder aus der Logik der Konzeption heraus. Werden Reservisten für sechs Jahre im Heimatschutz auf einem Dienstposten „verplant“, ohne dass sie gefördert und weiterentwickelt werden? Was ist mit Reservisten, die vielleicht erst nach vier, sechs oder acht Jahren bereit sind, sich wieder in der Reserve zu engagieren? Was sind die Vorstellungen der Bundeswehr für einen SaZ mit Einsatzerfahrung, der mit 26 Jahren aus der Bundeswehr ausscheidet und mit 32 seine sechs Jahre Grundbeordnung absolviert hat? Welches Angebot hat man für ihn? Fragen, auf die sehr zeitnah Antworten gegeben werden müssen, wenn man ausscheidende Soldatinnen und Soldaten für die Reserve gewinnen will, denn die Grundbeordnung >>

hält am Prinzip der Freiwilligkeit fest. Mit anderen Worten: Macht die Bundeswehr Reservistinnen und Reservisten kein attraktives Angebot, kommen sie nicht! Derzeit ist dieses Angebot anscheinend nicht so attraktiv, dass viele Ausscheider beordert werden. Die Grundbeordnung erreicht bei weitem nicht die angestrebten Zahlen.

Ein zweiter struktureller Fehler hängt mit dem ersten zusammen: Die Attraktivitätslücke! Reservistinnen und Reservisten dienen unserem Land und nehmen dafür oft erhebliche Entbehrungen in Kauf. Sie müssen ihre zivilen Verpflichtungen, ihre Familie und ihre Freunde sowie ihre Tätigkeit in der Reserve in Einklang bringen. Gleichzeitig werden sie aber teilweise noch behandelt, als wären sie Wehrpflichtige. Rechtssicherheit, Planbarkeit, Rechtsschutz, Bürokratieaufwand, Absicherung, Förderung und vieles mehr sind auch Themen für die Reserve. Reserve bedeutet dabei erheblich mehr als 20 Wehrübungstage in RDL pro Jahr, auf die sich die Bundeswehr in erster Linie fokussiert. Es ist ein ganzjähriges Engagement in unterschiedlichen Formaten, z. B. im Rahmen der Veranstaltungen des Reservistenverbandes. Es ist die internationale Begegnung, der Marsch, das M16-Schießen oder die Militärmusik im Reservistenmusikzug oder der Einsatz in den vielen Reservistenarbeitsgemeinschaften. Es sind die sicherheitspolitischen Veranstaltungen und Informationsveranstaltungen in Regionen, in denen die Bundeswehr nicht mehr vertreten ist. Das alles bindet Reservisten lebenslang an die Truppe und bildet die Brücke zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Ein vorpolitischer Raum für unsere Streitkräfte, der unendlich viel wert ist. Diese Attraktivität muss die Reserve bewahren und Jahr für Jahr weiterentwickeln. Dafür hat der Bundestag dem Reservistenverband seine Zuwendungen für das Jahr 2023 um drei Millionen Euro erhöht. Die Bundeswehr hat die Chance, die Unterstützung des Reservistenverbandes anzunehmen.

Startschwierigkeiten im Rahmen der Grundbeordnung kommen bei den Personalinformationen, den Ausscheidengesprächen, der medizinischen Abschlussuntersuchung oder der Kommunikation mit dem Karrierecenter hinzu. Sie lassen sich aber alle mit dem notwendigen Willen zum Aufbau einer starken Reserve beheben. Gelingen wird dies aber nur, wenn die angesprochenen strukturellen Mängel beseitigt werden, denn es sei nochmal betont: Reservistendienst ist freiwillig und in überragendem Maße Ehrenamt.

Die Reserve und das Sondervermögen Bundeswehr

Wie man sieht, wird es keine einsatzbereite Bundeswehr ohne eine einsatzbereite Reserve geben. Aus diesem Grund ist eine solide Ausrüstung der Reservistinnen und Reservisten und eine solide Ausstattung der Reserve zwingend notwendig – und dies zeitnah. Beschaffungsprozesse

„Eine solide Ausrüstung der Reservistinnen und Reservisten und eine solide Ausstattung der Reserve ist notwendig.“

sind in diesem Bereich auch deutlich einfacher und schneller möglich. Der Reservistenverband fordert 1 Prozent des Sondervermögens „on top“ zur Schließung der bisherigen Lücken. Denn auch Reservistinnen und Reservisten benötigen warme Kleidung bei RDLs im Winter. Eine Forderung, die bisher leider kein hinreichendes Gehör gefunden hat. Jeder Reservist sollte aber entsprechend seines Dienstpostens mit dem Material und der notwendigen Ausrüstung ausgestattet sein. Hierzu zählen unter anderem Waffen, Fahrzeuge, Kommunikationsmittel und die persönliche Ausrüstung. Wofür diese Summe verwendet werden soll, darüber gibt es klare Vorstellungen.

Die Forderungen der Reserve im Einzelnen:

Erstens: Angesichts der angespannten Personallage der Bundeswehr und den zu erwartenden Engpässen gerade bezüglich der in der Ausbildung im Heimatschutz zusätzlich benötigten Soldaten hält der Reservistenverband eine Erhöhung der Stellen für Reservisten auf jährlich mindestens 10.000 für zwingend notwendig.

Zweitens: Der Reservistenverband sollte mit seinen rund 110.000 ehrenamtlichen Mitgliedern und seinem geschulten hauptamtlichen Personal in den Betrieb der zukünftigen Ausbildungsstützpunkte für die Reserve (Personal und Infrastruktur) aktiv eingebunden werden.

Drittens: Die Zug- und Gruppenebene sollte durch die Unterstützung des Reservistenverbandes ertüchtigt werden. Das bedeutet eine flächendeckende militärische Ausbildung in Form einer militärischen Simulationsausbildung (MilSim), bei der Konfliktszenarien live eingespielt werden können und mit einem mobilen Schießsimulator. Leider hat die Bundeswehr hier eher Bedenken, als dass sie die Angebote der Reserve annimmt.

Viertens: Um die aktive Truppe beispielsweise nach der regulären Dienstzeit und am Wochenende in der Durchführung der Ausbildung mit Personal zu entlasten, schlägt der Reservistenverband eine Überlassung von Schießstätten in den Betrieb durch den

Ein wichtiges Element der „Zeitenwende“ betrifft die marode Bundeswehr. Durch ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro sollte die Truppe möglichst schnell in Schuss gebracht werden.



Foto: Flickr

Reservistenverband vor. Somit kann der Reservistenverband einen wichtigen Beitrag zu einem flächendeckenden und nachhaltigen Erhalt der Schießfähigkeiten von aktiven Soldaten und Reservisten leisten.

Fünftens: Um die flächendeckende Betreuung der aktiven Reservisten zu gewährleisten zu können, sind zusätzliche Geschäftsstellen und Personal des Reservistenverbandes im überschaubaren Rahmen unbedingt notwendig, nicht zuletzt auch in den neuen Bundesländern.

Sechstens: Der aktuelle Konflikt in der Ukraine zeigt einmal mehr, dass die Fähigkeit zur Cyber-Kriegsführung auch kriegsentscheidend sein wird. Hier gilt es, die enormen Kompetenzen und Potenziale an der Schnittstelle zwischen ziviler und militärischer Expertise in der Reserve gezielt für die Bundeswehr zu bündeln und weiter professionell auszubauen. Der Reservistenverband benötigt dafür die notwendigen Mittel, um geeignetes Personal im Bereich Cybersicherheit in Übung halten zu können.

Siebtens: Bei der bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen dem Reservistenverband und dem Kommando Sanitätsdienst gilt es, die enormen und bisher bereits durch den Reservistenverband erfassten Kompetenzen und Potenziale an der Schnittstelle zwischen ziviler und militärischer Expertise in der Reserve gezielt für die Bundeswehr zu bündeln und weiter professionell auszubauen. Dazu benötigt der Reservistenverband ebenfalls die notwendigen Mittel, um Reservisten des Sanitätsdienstes in den Strukturen der Reservistenarbeitsgemeinschaften Sanitätsdienst (RAG San) in Übung halten zu können und auch weiter die umfangreichen Leistungen für die aktive Truppe zu erbringen.

Achtens: Die jüngsten inländischen Krisen offenbarten die Notwendigkeit zur Steigerung der Resilienz im Sinne der Krisenvorsorge und -bewältigung. Hier sollte der Verband in die Strukturen der Bezirks- und Kreisverbindungskommandos mit Personal, Material

und Infrastruktur eingebunden werden, da er hier besonders die zivil-militärischen Expertisen seiner Mitglieder synergetisch einsetzen und gesellschaftlich nachhaltig verankern kann. Wir fordern eine Pflicht des Arbeitgebers gesetzlich zu normieren, dass BVK und KVK vom zivilen Beruf freigestellt werden müssen.

Neuntens: Schließlich ist die umfassende Ertüchtigung der Reserve insgesamt und des Verbandes in seiner digitalen und IT-Infrastruktur unbedingt erforderlich, um den aktiven Streitkräften als professioneller Partner in der zeitgemäßen Betreuung und Weiterentwicklung des Potentials der Reserve allgemein und den Mitgliedern im Besonderen militärisch effizient, gesellschaftspolitisch einflussreich und wirtschaftlich vorteilhaft zur Seite stehen zu können.

Zehntens: Neben der Grundbeordnung bedarf es einer Stärkung der beordnungsunabhängigen Reservistenarbeit, um die zuvor genannten Ziele zu erreichen. Nur unter Einbeziehung des großen Potentials dieser Gruppe werden wir in absehbarer Zeit ausreichend Reservistinnen und Reservisten für die Landes- und Bündnisverteidigung gewinnen können und schaffen in einem gestuften System eine „Reserve der Reserve“ für eine hinreichende Resilienz.

Die Zeitenwende wird nur gelingen, wenn die Reserve eine starke Rolle in der Bundeswehr einnimmt. Hierzu bedarf es einer zügigen Weiterentwicklung der Strategie der Reserve, die noch aus einer Zeit vor der Zeitenwende kommt. Reserve ist mehr, als nur die Zeit in RDL – Reserve ist eine Haltung 365 Tage im Jahr. Wir sollten von Ländern, wie Finnland lernen und unsere Reserve im Sinne der Resilienz und Deterrence aufbauen. Hier gibt es noch viel zu tun – das Potential ist aber da. ■

Der Sachausschuss Sicherheit & Frieden hat das Wort:

Zur Notwendigkeit nuklearer Abschreckung nach der "Zeitenwende"

Bei einer nüchternen Beurteilung der politischen Lage ist festzustellen, dass in den letzten Jahren Misstrauen und nicht Vertrauen in die internationalen Beziehungen zugenommen hat. Die russische Annexion der Krim, die Intervention im Donbass und der Angriff auf die Ukraine trafen einen Staat, der auf vorhandene Atomwaffen im Tausch gegen Sicherheitsgarantien verzichtet hatte. Zur Eingrenzung der westlichen Unterstützung für die überfallene Ukraine drohte Russland bereits 2022 mit einem Atomwaffeneinsatz. Zusätzlich besteht die nukleare Bedrohung durch Nordkorea und eine absehbare Bedrohung durch den Iran. Das für eine umfassende nukleare Abrüstung notwendige Vertrauen ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht absehbar.

Der Sachausschuss Sicherheit und Frieden der GKS ist der Meinung, dass die Strategie der nuklearen Abschreckung befristet und verbunden mit der Pflicht, mit allen Anstrengungen zur Androhung von Massenvernichtungswaffen zu suchen, ethisch vertretbar ist. Es besteht keine Veranlassung, diese 1983 in der Erklärung der deutschen Bischöfe "Gerechtigkeit schafft Friede" vertretene und 17 Jahre später in "Gerechter Friede" bestätigte Auffassung als obsolet zu betrachten.

Die größte Gefahr für Deutschland in einer Bedrohungslage ist die Abkopplung von den USA. Die deutsche und europäische Sicherheit hängt von den USA und ihrer nuklearen Abschreckungsfähigkeit ab. Ohne eine rein konventionelle Rüstung und mit nationalen

Antworten wäre das Maß an Sicherheit nicht zu erreichen.

Eine atomare Abrüstung kann nur das Ergebnis einer politischen Entspannung sein und nicht an ihrem Anfang stehen. Eine vollständige Abrüstung wäre keine Garantie für Sicherheit, da das nukleare Wissen bereits verfügbar ist und dessen Missbrauch nicht ausgeschlossen werden kann.

Die nukleare Abschreckung ist daher weiterhin angemessen.

Deutschland kann nicht dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen beitreten, sondern muss weiterhin geeignete Waffensysteme bereithalten, um im Verbund der NATO an der nuklearen Teilhabe festzuhalten.

Es ist vorerst nicht möglich, eine Welt ohne Nuklearwaffen zu erreichen. Wir sind uns mit der weltweiten Initiative zur Ächtung der Atomwaffen in dem Ziel einig, auf dem Weg zu einer friedlichen Welt alle Nuklearwaffen abzuschaffen. Es ist wichtig, durch Verhandlungen und vertrauensbildende Maßnahmen wie Rüstungskontrolle und die vertragliche Vereinbarung konkreter Abrüstungsschritte auf das Ziel hinzuarbeiten, nicht in die Falle eines neuen Rüstungswettlaufes unbekannten Ausmaßes zu geraten. Gerade jetzt, in der instabilen Sicherheitslage, nach der Kündigung des INF-Vertrages durch Russland und der einseitigen Aussetzung des „New Start-Vertrages“ durch die USA, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um neue Verhandlungen zu einer nuklearen Abrüstung zu initiieren und die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern. ■

Foto: Shutterstock



Die Bundesregierung hält an der Stationierung von US-Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel fest. Schätzungsweise 20 US-Atombomben lagern auf dem Luftwaffen-Stützpunkt Büchel in Rheinland-Pfalz im Südwesten Deutschlands.

APOKALYPSE KLIMAFLUCHT?

DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN KLIMAWANDEL UND MIGRATION

Ein Beitrag von Dr. Benjamin Schraven

200 Millionen Menschen, die aufgrund des Klimawandels nach Europa fliehen könnten. In Medien und Politik taucht diese Zahl regelmäßig auf. Muss der globale Norden in absehbarer Zeit tatsächlich mit einem Ansturm von „Klimamigranten“ rechnen? Erkenntnisse aus der Forschung.

Migration gehört ohne Zweifel zu den großen Themen der Gegenwart. 2015 kamen über eine Million Menschen vorwiegend aus Syrien, dem Irak und Afghanistan nach Europa – das Jahr gilt gemeinhin als Höhepunkt der europäischen Flüchtlingskrise. Flüchtlinge, Integration und Fluchtursachenbekämpfung sind seitdem die Begriffe, die viele öffentliche und politische Diskussionen in Deutschland und Europa bestimmen. 2015 war auch das Jahr, in dem das Pariser Klimaabkommen verabschiedet wurde. Und gerade die möglichen Auswirkungen des Klimawandels in Bezug auf Migration lassen viele Beobachter*innen sorgenvoll in die Zukunft blicken. Nicht wenige stellen sich die Frage, ob die Folgen der globalen Erwärmung – vom Anstieg des Meeresspiegels bis hin zu schwerwiegenden Dürren – nicht schon in wenigen Jahren oder Jahrzehnten eine neue Flüchtlingskrise von bisher ungeahnter Dimension für Europa auslösen könnten. Der Gründer des alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexküll, bringt diese Sorge auf den Punkt: „Wenn Europa nicht mit einer Million Kriegsflüchtlingen [...] klarkommt, wie soll es mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen [...] umgehen?“

Müssen wir in absehbarer Zeit mit einem riesigen Ansturm von „Klimaflüchtlingen“ rechnen? Was weiß die Forschung eigentlich über den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration?

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Umweltmigration

Mit wenigen Ausnahmen spielte der Zusammenhang zwischen Umweltfaktoren und menschlicher Mobilität in der Migrationsforschung bzw. der Wissenschaft insgesamt bis Mitte der 1980er Jahre kaum eine Rolle. Das änderte sich erst, als das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) 1985 eine Definition des Begriffs „Umweltflüchtling“ veröffentlichte. Gemäß dieser Definition seien darunter Menschen zu verstehen, die – für einen gewissen Zeitraum oder dauerhaft – ihre angestammte Heimstätte verlassen müssen, weil Umweltereignisse dort ihre Existenz bedrohen. Seit jeher wurde diese Definition von vielen Seiten als zu vage abgelehnt. Trotzdem führte die Veröffentlichung dazu, dass sich eine intensive wissenschaftliche Diskussion zum Thema entwickelte. Bei dieser aufkeimenden Diskussion in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren ließen sich zwei unterschiedliche Fraktionen in der wissenschaftlichen Gemeinde erkennen. Auf der einen Seite stehen die sogenannten „Alarmisten“, bei denen es sich hauptsächlich um Naturwissenschaftler*innen handelt. Der Ausgangspunkt ihrer Analysen zum Zusammenhang zwischen Umwelt und Migration ist die Prämisse, dass ökologische Veränderungen, insbesondere die Folgen der globalen Erwärmung, eine zunehmend dominante Rolle bei Migrationsentscheidungen spielen werden. >>

Foto: Shutterstock

Unfruchtbares Land – ein wesentlicher Grund für die Migration vieler Menschen.

Betroffen von „Klimamigration“ sind vor allem arme Bevölkerungsgruppen im globalen Süden.

Weit verbreitet ist in dieser Gruppe von Wissenschaftler*innen die Annahme, dass Umweltveränderungen menschliche Lebensräume zunehmend unbewohnbar machen und Menschen dadurch in die Flucht getrieben würden. Der bekannteste Vertreter der alarmistischen Gruppe ist Norman Myers, der bis heute ein angesehener Experte im Bereich der Biodiversitätsforschung ist. Er veröffentlichte in den 1990er Jahre eine Prognose, wonach es bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts 200 Millionen „Klimaflüchtlinge“ geben werde. Diese Prognose gilt zwar schon längst nicht mehr als haltbar und methodisch fragwürdig, allerdings erwies sie sich als äußerst langlebig. Bis zum heutigen Tag taucht sie immer wieder in Medienberichten oder Stellungnahmen von Politiker*innen zu den Folgen des Klimawandels auf.

Auf der anderen Seite beteiligte sich seit den frühen 1990er Jahren eine Gruppe von Wissenschaftler*innen an der akademischen Debatte zum Thema „Umwelt- und Klimamigration“, die man schon bald als „Skeptiker“ bezeichnete. Zu ihnen zählen Vertreter*innen aus der Migrationsforschung, den Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften. Ihre Sicht auf die Rolle von ökologischen Faktoren ist eine andere als die der „Alarmistinnen“ und „Alarmisten“. Sie gehen davon aus, dass Umwelteinflüsse nur einen von mehreren Faktoren darstellen, die menschliche Migrationsentscheidungen beeinflussen. Prognosen zur zukünftigen Anzahl von „Klimaflüchtlingen“ lehnen sie ab – gerade auch wegen der Schwierigkeit, definieren zu können, wer denn überhaupt unter solch eine Kategorie fällt.

Lange Zeit fußte die wissenschaftliche Debatte zum Klima-Migrations-Nexus – also zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration – vor allem auf Einzelfallstudien. Dies änderte sich erst ab Mitte der 2000er Jahre, als das öffentliche Interesse am Thema wuchs und auch internationale Organisationen wie die Internationale Organisation für

Migration (IOM) oder das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) sich der Problematik in verstärktem Maße annahmen. Diese Situation begünstigte seitdem die Etablierung zahlreicher internationaler Forschungsprojekte und -initiativen, die den Fokus der bisherigen Forschung deutlich erweiterten. Zu diesen zählen die teilweise bereits abgeschlossenen Projekte „Environmental Change and Forced Migration Scenarios“ (EACH-FOR), „Migration and Global Environmental Change“ „Where the Rain Falls“ oder „Migration, Environment and Climate Change: Evidence from Policy“ (MECLEP).

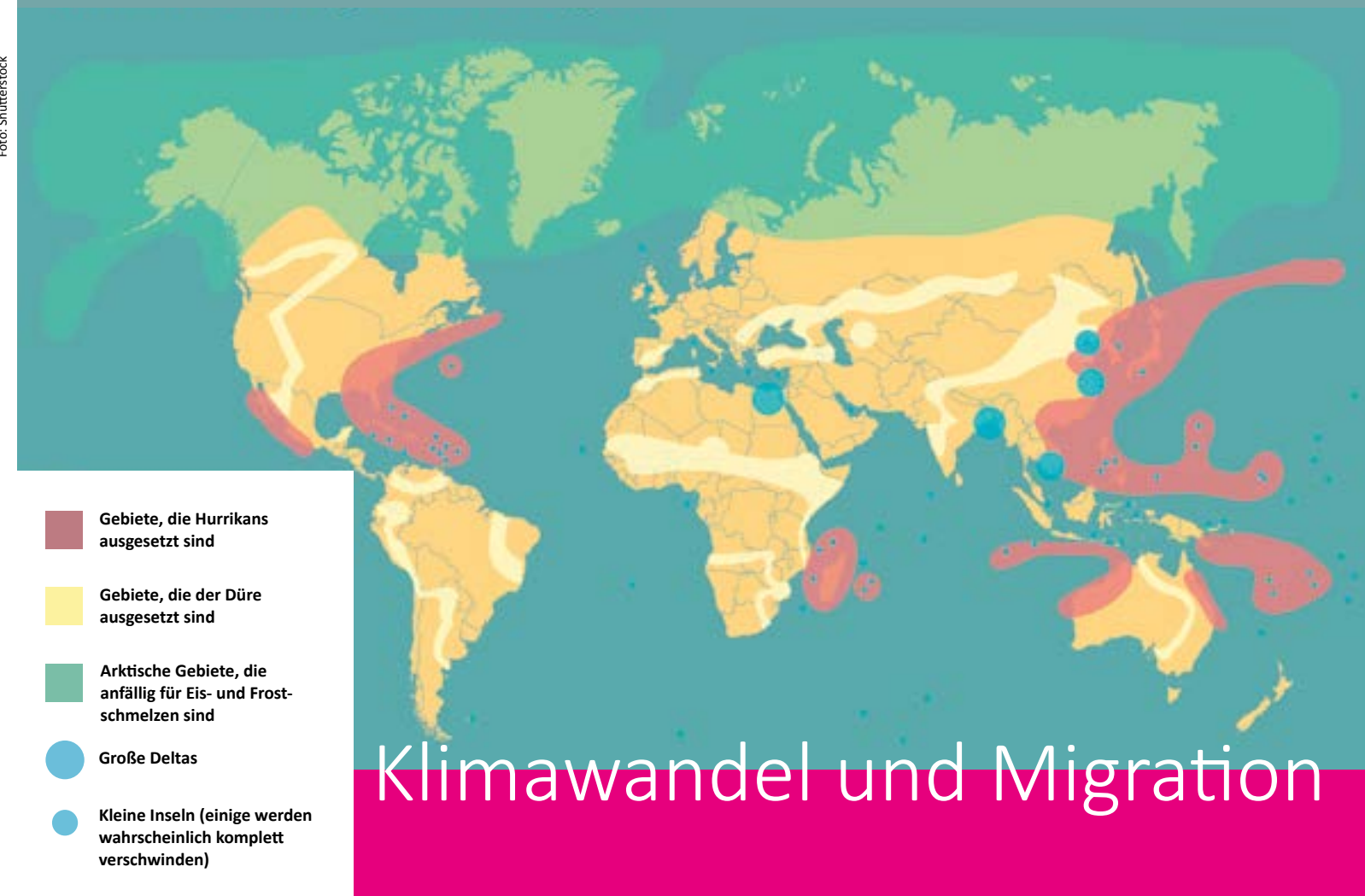
Was lässt sich über den
Zusammenhang zwischen Klimawandel
und Migration sagen

Zwar gibt es sicherlich noch Wissenslücken im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Migration und Klimawandel. Die Ergebnisse der oben aufgeführten Projekte und Initiativen lassen jedoch einige Rückschlüsse über das (globale) Verhältnis zwischen Klimawandel und menschlicher Mobilität zu. Diese geben eher der Position der „Skeptiker“ recht und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Foto: Unsplash



Foto: Shutterstock



Klimawandel und Migration

Die erhöhte Wahrscheinlichkeit von plötzlich einsetzenden Umweltkatastrophen wie Flutwellen gehört zu den deutlichen Folgen des Klimawandels. Millionen von Menschen sind dadurch in ihrer menschlichen Sicherheit bedroht. Mit anderen Worten: Es besteht Gefahr für Leib und Leben. Aber auch schleichende Folgen der globalen Erwärmung wie Veränderungen bei den tropischen Regenzeiten oder Küstenerosion wirken sich zunehmend negativ auf die Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssicherheit und (traditionelle) Wirtschafts- und Lebensweisen vieler Menschen aus. Dennoch bleiben auch in Anbetracht dieser Umweltveränderungen menschliche Migrationsentscheidungen höchst komplex. So sind es nicht nur die genannten Folgen des klimatischen Wandels, die Menschen veranlassen, ihren Wohnort zu verlassen. Vielmehr spielen viele Faktoren eine Rolle: Wirtschaftliche (z. B. Arbeitsplatzangebote), politische (z. B. Visafreiheit) oder soziale Rahmenbedingungen (z. B. Zugang zu Netzwerken, die den Migrationsprozess unterstützen) können zur Entscheidung beitragen, ob jemand seinen Herkunftsort verlässt oder nicht. Kurz gesagt: In der Regel basieren Migrationsentscheidungen nicht nur auf einer einzigen Ursache, sondern einem Zusammenspiel

unterschiedlicher Motive und Zwänge. So ist auch die Unterscheidung zwischen Flucht und freiwilliger Migration in konkreten Fällen bisweilen kaum zu treffen. Dasselbe gilt für die Unterscheidung zwischen den Folgen des Klimawandels und nicht-klimawandelbezogenen Umweltereignissen. Ob ein bestimmter Migrationsprozess nun umwelt- oder klimabedingt ist, ob man gar von einer „Klimaflucht“ sprechen sollte, ist daher äußerst schwer zu beantworten. Auch eine Ursache-Wirkung-Gleichung nach dem Motto „je mehr Dürren, desto mehr Migration“ kann nicht aufgestellt werden. Denn: Migration ist bei weitem nicht die einzige Reaktion auf bzw. Strategie der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels; Möglichkeiten der Anpassungen an veränderte Umweltbedingungen „vor Ort“ sind durchaus vielfältig. So können beispielsweise von Dürren betroffene Kleinbauern ihre landwirtschaftliche Produktion durch Wasserspeichertechnologien oder neue Anbautechniken an den Klimawandel anpassen, was ihnen einen Verbleib am Herkunftsort ermöglicht. Die Menschen, die hauptsächlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind – und für die Migration in diesem Kontext eine Option sein kann oder muss – sind ärmere Bevölkerungsgruppen im globalen Süden, die z. T. hochgradig von der Landwirtschaft bzw. natürlichen Ressourcen abhängig sind. Vor allem kleinbäuerliche Familien, Viehzüchterinnen und -züchter sowie Hirten oder städtische Arme sind hier zu nennen. Aufgrund ihrer >>

Das Thema Migration
im Kontext des
Klimawandels politisch
anzugehen, ist
herausfordernd

bescheidenen Ressourcen- und Finanzausstattung sind sie oft gar nicht in der Lage, über größere Distanzen hinweg zu migrieren. Klimabezogene Migration findet daher vor allem landesintern oder zwischen benachbarten Ländern statt. Von einem millionenfachen Ansturm von „Klimamigrant*innen“ in Richtung Europa ist bis auf Weiteres nicht zu rechnen. Viele der betroffenen Menschen sind sogar so arm, dass sie nirgendwohin migrieren können und sie gewissermaßen an ihren Heimatorten „gefangen“ sind. In der Literatur werden sie als „trapped populations“ bezeichnet. Diese Menschen sind und werden am härtesten von den Folgen der globalen Erwärmung getroffen. Wenn vom Klimawandel betroffene Menschen aber migrieren können, dann geschieht das zu meist zeitlich begrenzt und beschränkt sich oftmals auf die Migration einzelner Haushalts- und Familienmitglieder. Ziel der Migrant*innen ist es dabei nicht selten, z. B. Ernte- oder Viehverluste zu kompensieren, indem sie Geld am Zuzugsort verdienen und einen Teil davon zurück an ihre Familien schicken. Nicht umsonst hat sich in den letzten Jahren die Frage, ob und inwieweit Migration auch eine Risikominimierungs- oder Anpassungsstrategie an den Klimawandel sein kann, zu einer der wichtigsten Fragen im Forschungsfeld „Klimamigration“ entwickelt.

Zwangsmigration aufgrund des
Klimawandels wird zunehmen.

Aufgrund des weiter fortschreitenden Klimawandels und vor allem auch des fortschreitenden Anstiegs des Meeresspiegels ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahrzehnten

zahlreiche Gegenden (z. B. Teile der pazifischen Inselstaaten oder Bangladeschs) unbewohnbar werden dürften. Dort müssen sich die Menschen darauf einstellen, dauerhaft ihre Heimatorte aufzugeben und die Regierungen müssen über Umsiedlungsmaßnahmen nachdenken. Zum Ausmaß der bereits heute stattfindenden Zwangsmigration in Folge von Naturkatastrophen liegen zwar Zahlen vor. So geht das Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) beispielsweise von 24,2 Millionen Menschen aus, die im Jahr 2016 aufgrund von Naturkatastrophen ihre Wohnorte verlassen mussten. Doch diese Zahlen umfassen auch Migrationsbewegungen, bei denen die betroffenen Menschen bereits nach sehr kurzer Zeit an ihre Wohnorte zurückkehren. Daher sind sie – wie die Prognosen zur zukünftigen Zahl der „Klimamigrant*innen“ allgemein – mit äußerster Vorsicht zu interpretieren.

Ein weiter Weg:
Von der Wissenschaft
zur Politik

„Klimamigration“ ist heute kein Gegenstand rein akademischer Diskussion mehr. Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) hat 2017 eine „Task Force on Displacement“ eingerichtet und bereits 2010 war Migration zum ersten Mal ein offizielles Thema auf der jährlich stattfindenden Weltklimakonferenz. Das Thema Migration im Kontext des Klimawandels politisch anzugehen, ist herausfordernd und sollte nicht einfach bedeuten, Migration zu unterbinden. Vielmehr muss es darum gehen, betroffenen Menschen eine Migration in Würde – ohne Angst vor Diskriminierung oder Ausbeutung – zu ermöglichen und die positiven Aspekte der Migration als Risikominimierungsstrategie zu verstärken. Daher scheint ein intensiverer Austausch zwischen Wissenschaft und Politik dringender geboten denn je. ■

Dieser Text ist unter der Creative Commons
Lizenz „CC BY-NC-ND“ veröffentlicht.
<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/282320/der-zusammenhang-zwischen-klimawandel-und-migration/>

Erzählen in Bildern

Flucht- ursachen im Überblick

Die Zahl der Klimaflüchtlinge im Jahr 2050 könnte auf über 140 Millionen steigen. Das Ausmaß der Auswirkungen des Klimawandels auf die Existenz der Menschen ist so gravierend, dass sie keine andere Perspektive mehr haben. Am härtesten trifft es die, denen die Mittel zur Flucht fehlen. >>

PERSPEKTIVLOSIGKEIT
Vertreibung Klimakrise
KRIEG bewaffnete Konflikte
Verfolgung
VERTREIBUNG ARMUT
KRIEG HUNGER
Perspektivlosigkeit
Klimakrise
HUNGER ARMUT
Verfolgung
bewaffnete Konflikte



Flickr/Ash-Sham Care

KRIEGE

und bewaffnete Konflikte führen zu einer Flucht von Menschen. In der Ukraine sind aufgrund des Angriffs durch Russland seit Februar 2022 bisher über 7,7 Millionen Menschen geflohen.



Flickr/dronepicr

Klimakrise

Die Klimakrise und ihre Folgen sind zunehmend spürbar und könnten bis 2050 dazu führen, dass die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen steigt. Viele Menschen leiden unter den Auswirkungen von Wetterextremen, Meeresspiegelanstieg oder Veränderungen der Ökosysteme. Die Klimakrise ist unmittelbar mit Armut und Hunger verbunden und fördert indirekt bereits bestehende und neue Konflikte.



Flickr/Ash-Sham Care

Verfolgung

Ein häufiger Grund für Flucht ist die Verfolgung aufgrund von Diskriminierung und Unterdrückung sowie Gewalt. Viele Menschen fühlen sich aufgrund ihrer Religion, sexuellen Orientierung, Hautfarbe, politischen Einstellung oder Nationalität nicht mehr sicher in ihrem Heimatland.



Flickr/Paul Keller

Hunger, Armut und Perspektivlosigkeit

Hunger, Armut und Perspektivlosigkeit sind die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Sei es aufgrund von Krieg und Gewalt oder aufgrund von klimatischen Veränderungen. Oft wird von „Wirtschaftsflüchtlingen“ gesprochen. Wenn Menschen bereits krank oder geschwächt sind, kann ihre Flucht tödlich sein. Endlose Märsche bei Regen oder großer Hitze sind Strapazen, die sie oft nicht überleben. Lange Phasen mit nicht ausreichender, geschweige denn gesunder Nahrung lassen viele Schutzsuchende an Mangelernährung oder Hunger leiden. Perspektivlosigkeit ist eine Folge von kolonialer Ausbeutung, die sich bis heute durch postkoloniale Strukturen fortsetzt, insbesondere in Afrika.



„Eine erschütternde Geschichte der Todesstrafe.“

Deutschlandradio Kultur

„Du sollst nicht töten!“ Das erste Gebot der Bibel gilt weltweit. Wenn ein Staat in seiner Verfassung die Todesstrafe vorschreibt, ist das Töten juristisch legitimiert. Helmut Ortner geht in seinem Buch diesen Grundwiderspruch an.

Es geht um das Todesstrafen-Gesetz. Es geht um Vergeltung. Zu allen Zeiten und in fast jeder menschlichen Gesellschaft wurden Menschen mit staatlicher Legitimation getötet. Die Gesetze, die Methoden der Vollstreckung und die Hinrichtungs-Inszenierungen haben sich verändert, doch der Glaube an eine gerechte Tat ist geblieben. Der Autor Helmut Ortner beschreibt die Rituale der Vergeltung: Steinigen, Kreuzigen, Galgen, Guillotine, elektrischer Stuhl, Gaskammer – bis zur „zivilisierten“ Giftspritze. Ein eindringliches, fulminantes Plädoyer für eine Kultur der Vergeltung und eine humane Zivilgesellschaft.

Die USA sind die einzige westliche Demokratie, die an der Todesstrafe festhält. Das amerikanische Rechtssystem steht deshalb im Vordergrund. Hier wird besonders deutlich, dass staatliches Töten von Menschen nicht nur ein Instrument des Strafrechts ist, sondern immer auch ein Ausdruck der Gesellschaftsordnung und ihrer Weltbilder.

Besonders unter demokratischen Politikern in den Vereinigten Staaten ist die Todesstrafe seit langem hochumstritten. Der Gouverneur von Pennsylvania zieht nun für seinen Bundesstaat Konsequenzen. Josh Shapiro sagte, er wolle während seiner Amtszeit keine Häftlinge hinrichten lassen.

„Wenn ein Hinrichtungsbefehl auf meinem Schreibtisch landet, werde ich jedes Mal eine Begnadigung unterschreiben“, hieß es in einer Mitteilung des demokratischen Politikers. Er rief dazu auf, die Todesstrafe in Pennsylvania abzuschaffen.

Thomas Fischer, Helmut Ortner
Ohne Gnade
Eine Geschichte der Todesstrafe
 Anzahl der Seiten: 230
 Hardcover
 ISBN: 9783939816720
 Preis: 22 EURO

Mit einem Nachwort von Deutschlands streitbarstem Juristen Bundesrichter a. D. Prof. Dr. Thomas Fischer.



Bis heute ist das Heilige Land gespalten, ebenso wie Jerusalem. Und immer wieder eskaliert der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Die in Los Angeles lebende israelische Schauspielerin und Produzentin Noa Tishby macht in ihrem Buch „Israel“ deutlich, dass das oft nicht an Israel liegt. Anhand der Geschichte Israels und persönlicher Erfahrungen zeichnet die Autorin den Weg des Landes von der biblischen Zeit bis zur Gegenwart nach.

Sie begegnet populären Missverständnissen mit einer Fülle von Fakten, die sie mit scharfem Verstand, frechem Sprachwitz und der Lust am Streit zusammengetragen hat. Allen, die nicht nur eine Mei-

Dieses Buch ist ein Plädoyer für einen Richtungswechsel der CDU und ein Appell an Politik und Wirtschaft, die Coronakrise als eine Chance für die Zukunft zu begreifen. Wirtschaftskompetenz heißt nicht, der Wirtschaft freie Bahn zu lassen; vielmehr hat Wirtschaftskompetenz etwas mit Moral zu tun. Das wird leider immer wieder vergessen. In einer Partei, die sich dem Christlichen verpflichtet sieht, sollte es am Ende um das Gemeinwohl gehen – um das Wohlergehen aller, nicht nur das eigene. Politik ist dazu da, den Schwachen zu helfen; die Starken helfen sich schon allein. Und Politik ist dazu da, die Schwachen zu schützen vor den Starken. Das ist der Kern der christlichen Botschaft für die Politik, wie Matthias Zimmer sie versteht. Für den Autor gehört zur Politik auch im-

Noa Tishby
Israel
Der Faktencheck
 Anzahl der Seiten: 352
 Erscheinungstermin: 06.04.2021
 Hardcover
 ISBN: 9781982172343
 Preis: 19 EURO

„Christen in der Politik sind dem Gemeinwohl verpflichtet, nicht den Lobbyinteressen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!“

Matthias Zimmer

mer, Auskunft darüber zu geben, wie man sich die Ordnung und die Zukunft der Gesellschaft vorstellt. Dieses Buch ist leidenschaftlich, kämpferisch und parteiisch für das „C“ in der Politik, ganz in der Tradition von Norbert Blüm und Heiner Geißler.

Matthias Zimmer
Alte Werte in neuer Zeit
 Anzahl der Seiten: 192
 Erscheinungstermin: 10.02.2021
 Softcover
 ISBN: 9783939816768
 Preis: 15 EURO





*„Der Text der Einführung ist und bleibt von großer Aktualität. Manche werden neugierig werden, wenn sie von einer solchen **kurzen Einführung in das Christentum** hören.“*

Aus dem Brief von Papst Benedikt XVI. an Manfred Lütz vom 18.02.2022.

Das Wesentliche des Christentums für alle verständlich auf 250 Seiten, geht das?

Der erste Bestseller von Joseph Ratzinger war seine berühmte „Einführung in das Christentum“ von 1968. Die Besonderheit dieses Buches war, dass ein junger Theologe sich ernsthaft bemühte, den Glauben der Kirche modernen Menschen zu erklären. Das Buch hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt.

Kurz vor seinem Tod erlaubte Papst Benedikt XVI. dem Erfolgsautor Manfred Lütz, eine allgemein verständliche Kurzfassung seines Welt-Bestsellers zu erstellen. Lütz hat die gesamte Substanz des Buches sorgfältig bewahrt. Der Text wurde auf die Kernaussagen gestrafft, die Diskussion theologischer Irrwege wurde gestrichen, Fachbegriffe übersetzt, sodass ein mitunter funkelnder Text zum Vorschein kommt. Papst Benedikt hat den hier vorliegenden Text ausdrücklich begrüßt.

Manfred Lütz, Joseph Ratzinger
Kurze Einführung in das Christentum
überarbeitet für alle
 Anzahl der Seiten: 256
 Erscheinungstermin: 24.05.2023
 Hardcover
 ISBN: 9783466372904
 Preis: 22 EURO

Die acht Titel für den Deutschen Sachbuchpreis 2023 sind nominiert.

Die Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereins vergibt zum dritten Mal den mit insgesamt 42.500 Euro dotierten Preis. Ausgezeichnet wird ein herausragendes Sachbuch, das Impulse für die gesellschaftliche Auseinandersetzung gibt. Der Gewinner oder die Gewinnerin erhält 25.000 Euro, die sieben Nominierten bekommen 2.500 Euro. Die Preisträger werden am 1. Juni bekanntgegeben.

Die nominierten Titel in alphabetischer Reihenfolge:

Omri Boehm: **Radikaler Universalismus. Jenseits von Identität**
 Teresa Bücker: **Alle_Zeit. Eine Frage von Macht und Freiheit**
 Ewald Frie: **Ein Hof und elf Geschwister. Der stille Abschied vom bäuerlichen Leben in Deutschland**
 Judith Kohlenberger: **Das Fluchtparadox. Über unseren widersprüchlichen Umgang mit Vertreibung und Vertriebenen**
 Meron Mendel: **Über Israel reden. Eine deutsche Debatte**
 Hanno Sauer: **Moral. Die Erfindung von Gut und Böse**
 Martin Schulze Wessel: **Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte**
 Elisabeth Wellershaus: **Wo die Fremde beginnt. Über Identität in der fragilen Gegenwart**

IMPRESSUM

„AUFTRAG“ ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:

Gemeinschaft Katholischer Soldaten
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

REDAKTION:

Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:

Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:

Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:

GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODED1PAX

LAYOUT:

Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin

DRUCK:

Königsdruck Printmedien und digitale
Dienste GmbH
Alt Reinickendorf 28
13407 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:

10. April 2023